

## Politische Erziehung in der Schule

In allen Kreisen der Bevölkerung und in allen Ländern der Bundesrepublik war man sich nach dem Zusammenbruch darüber klar, daß die staatsbürgerliche Erziehung des deutschen Volkes eine der wichtigsten Aufgaben des neuen Deutschland sei. Mit den „Umerziehungs“-Absichten der verschiedenen Besatzungsmächte hatten diese Erkenntnis und die auf sie zurückgehenden Maßnahmen nichts zu tun. Die aus den letzten Jahrzehnten unserer Geschichte zu ziehende Lehre konnte aber nur die sein, daß die deutschen Menschen wohl zu Spezialisten erzogen, politisch und staatsbürgerlich aber unerzogen und ungebildet geblieben waren. Wir hatten, auch schon im Kaiserreich, gewissenhafte Facharbeiter, ausgezeichnete Handwerker, gute Techniker, tüchtige Ingenieure, angesehene Wissenschaftler, erstklassige Lehrer und treue Beamte, die alle stolz auf ihr Können und ihren Beruf waren. Natürlich fühlten sie sich auch als Deutsche und brachten dies sehr oft und mitunter etwas zu laut zum Ausdruck. Aber für ihr Volk, ihren Staat und ihre Stadt fühlten sie sich nicht verantwortlich, dazu waren sie zu lange Zeit gehorsamsgewohnte und folgsame Untertanen gewesen. Sie waren nicht zur Verantwortung erzogen worden, und diese Verantwortungslosigkeit war nicht die letzte Ursache der nationalsozialistischen Machtergreifung. Nur durch die Erziehung der Deutschen zu bewußten Staatsbürgern konnte eine ähnliche Katastrophe verhindert und eine solide Grundlage für das neue Deutschland und die dauernde Verständigung mit anderen Völkern geschaffen werden.

Wichtigster Teil dieser großen Aufgabe war und ist die politische Erziehung der Jugend, denn von ihrer späteren Einstellung zu den Fragen der Gesellschaft und des Staates sind letzten Endes Inhalt und Bestand dieses Staates abhängig. Die Erfüllung dieses neuen Auftrages war für die durch Krieg und Zusammenbruch schwer betroffene und gestörte Schule nicht leicht. Der übliche Unterricht wurde erteilt, so gut es die räumlichen und sonstigen Mängel möglich machten. Aber Politik und politischen Unterricht!? Die Folgen früherer politischer Betätigung — bis zu 50 vH aller Lehrkräfte waren deswegen auf Anweisung der Besatzungsmächte in den einzelnen Ländern zunächst entlassen worden —, die geringe politische Bildung und die Scheu vor einer klaren politischen Stellungnahme machten die meisten Lehrer für die neue Aufgabe ungeeignet. Die politische Erziehung unserer Jugend wurde zwar von allen verantwortlichen Stellen gefordert und gefördert, sie setzte aber politisch erzogene und politisch gebildete Lehrer voraus, und daran fehlte es, damals noch weit mehr als heute.

Die im Jahre 1948 gebildete Ständige Konferenz der Kultusminister hat der politischen Erziehung von Anfang an größte Aufmerksamkeit beigemessen. Nach längeren Vorberatungen in ihrem Schulausschuß wurde am 15. Juni 1950 von der Kultusministerkonferenz eine Entschließung zur staatsbürgerlichen Erziehung angenommen, und damit wurden vorläufige Grundsätze zur politischen Bildung in den Schulen aufgestellt, die in knapper Form, teilweise nur andeutend, bereits alles enthalten, was später von anderen Stellen und Personen sehr viel ausführlicher und zum Teil auch besser gesagt worden ist. Eindeutig wurde die politische Erziehung als Aufgabe der Schule bejaht. Sie sollte als Unterrichtsprinzip alle Fächer durchdringen, wengleich natürlich dem Geschichtsunterricht eine besondere Verantwortung zugeordnet war. Für die oberen Jahrgänge wurde die Einrichtung besonderer Fachstunden empfohlen, die der Vermittlung des Stoffwissens und der Auseinandersetzung mit aktuellen Fragen dienen sollten. Das Zusammenleben in der Schule, die Auseinandersetzung mit dem täglichen Geschehen, das Bekanntwerden mit der Arbeit von Parlamenten und Verwaltung u. a. sollten diesem Unterricht seine besondere Note geben, dessen Methode durch die enge Verbindung vom Gelehrten und Gelebten bestimmt sei. Von der Mit-

Verwaltung der Schüler erwartete man, daß sie zu einer Haltung führen würde, die „zu lebendigem Gemeinsinn und entscheidungsfreudiger Mitverantwortung an der Gestaltung des öffentlichen Lebens im Volk und zwischen den Völkern den Weg weist“. Als erste größere Gemeinschaft nach der Familie, gewissermaßen als Miniaturstaat, sollte die Schule die Kinder aufnehmen und in ihnen, mehr durch das Beispiel und Gewöhnen als durch Worte, die Bereitschaft für die Mitarbeit in der Gemeinschaft wecken. Diese „vorläufigen Grundsätze“ sind in den folgenden vier Jahren durch die Praxis bestätigt worden, während die ein Jahr später vom Bundestagsausschuß zum Schutze der Verfassung ausgearbeiteten „Leitsätze für den staatsbürgerlichen Unterricht“ vor allem deshalb allgemein abgelehnt wurden, weil sie den staatsbürgerlichen Unterricht zu einem prüfungsfähigen Examensfach machen wollten.

Im letzten Absatz der von der Kultusministerkonferenz angenommenen Entschließung werden „eine entsprechende Ausbildung und Fortbildung der Lehrer, die Errichtung von Lehrstühlen und Dozenturen oder die Erteilung von Lehraufträgen für Politik und Sozialwissenschaften an Hochschulen aller Art und die Bereitstellung geeigneten Lehrmaterials“ als notwendig bezeichnet. Damit wird das schon oben Ange deutete offiziell ausgesprochen: Nur der politisch gebildete Lehrer kann unsere Jugend politisch erziehen! Wenn auch die heutigen Lehrer im Gegensatz vor allem zu vielen Studienräten in der Weimarer Republik den demokratischen Staat nicht ablehnen, ein echtes politisches Verhältnis zu ihm haben viele noch nicht gefunden. Das macht sich natürlich auch in den bisherigen Ergebnissen des politischen Unterrichts in den Schulen bemerkbar, denn zufriedenstellend sind sie nicht. Sie können es auch nicht sein, weil Politik und politische Erziehung in vielen Pädagogischen Hochschulen und Pädagogischen Akademien noch nicht den Platz einnehmen, den sie haben müßten. Nachdem aber einige Länder für ihre Lehrerbildungsanstalten Dozenturen und Lehraufträge für politische Erziehung geschaffen haben, werden die anderen Länder über kurz oder lang nachfolgen. Auch auf dem Gebiete der Lehrerfortbildung nehmen die politischen und aktuellen Fragen neben den pädagogischen und methodischen Themen einen immer breiteren Raum ein. Endlich aber sind neben der Bundeszentrale für Heimatdienst alle Kultusministerien bemüht, Schulen und Lehrern die für den politischen Unterricht notwendigen und geeigneten Lehr- und Lernmittel zur Verfügung zu stellen.

Die Darstellung und die Daten zeigen, daß die Kultusministerkonferenz den aus der Zeit erwachsenen neuen Auftrag erkannt und wertvolle Anregungen für die neue Arbeit gegeben hat. Die Ausführung selbst lag bei den für das Schulwesen zuständigen Ländern, und trotz mancher Verschiedenheiten in der Arbeit selbst und in der Verwirklichung der Empfehlungen sind wesentliche Unterschiede nicht vorhanden. Eines aber muß in diesem Zusammenhang festgestellt werden: *Die politische Erziehung kann nicht allein von der Schule geleistet werden.* Die Lehrerschaft wird überfordert, wenn man nur von ihr das erwartet, was eine Gesamtaufgabe des Volkes ist. Wenn Berufsgruppen, Wirtschaftsverbände und Parteien ausschließlich an ihre eigenen Interessen und nicht auch an ihre Pflichten gegenüber der Gesamtheit denken, ist eine erfolgreiche staatsbürgerliche Erziehung unmöglich. Auch in der politischen Erziehung kommt es auf das Beispiel an, und nicht immer haben Abgeordnete, Fraktionen und Organisationen sich beispielhaft verhalten. Dies hat auch der Deutsche Ausschuß für das Erziehungs- und Bildungswesen in seinem „Gutachten zur politischen Bildung und Erziehung“ vom Januar 1955 ausgesprochen, das zu dem Schluß kommt:

„Politische Jugenderziehung ist eine Voraussetzung guter Politik. Aber die politische Erziehung des Volkes im ganzen geschieht wesentlich durch die Politik selbst. Deshalb werden die Bemühungen um politische Erziehung scheitern, wenn nicht die Politiker sich der erzieherischen Wirkungen bewußt sind, die im Guten und Schlechten von ihrem Handeln ausgehen.“